



Werftensterben verhindern

Pressemitteilung von Werner Dreibus, Steffen Bockhahn, 24. Februar 2010

„Nach vielen leeren Worten, müssen der Bund und das Land Mecklenburg-Vorpommern endlich handeln und das drohende Werftensterben in Wismar und Rostock verhindern“, fordert Steffen Bockhahn, Mitglied im Haushaltsausschuss für die Fraktion DIE LINKE zum drohenden Aus der Nordic Yards-Werften in Rostock und Wismar. Werner Dreibus, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion ergänzt: „Wir unterstützen die Forderungen der Beschäftigten und der IG Metall. Die Bundes-, Landesregierung, Werfteigner und IG Metall müssen sich umgehend an einen Tisch setzen und ein zukunftsfähiges Konzept für die Nordic Yards-Werften, den Schiffbau und die Metallverarbeitung in der Region vorlegen.“

Bockhahn weiter: „Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass die Transfergesellschaft bis 31. Juli 2010 verlängert und alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente genutzt werden. Ansonsten droht den Werften Ende März das endgültige Aus. Die Folgen für die Region wären verheerend. Die maritime

Wirtschaft in Mecklenburg- Vorpommern und die Zulieferer hängen von den Werften ab. Tausende Arbeitsplätze drohen in dem strukturschwachen Land endgültig zu verschwinden.“

Dreibus abschließend: „Auch Kanzlerin Angela Merkel steht in der Verantwortung. Schließlich hat sie gemeinsam mit dem russischen Präsidenten Medwedjew maßgeblich für den Verkauf der Werften gesorgt. Da darf sie jetzt nicht tatenlos zusehen. Der Bund hat milliardenschwere Rettungspakte aufgelegt, damit die Banken weiterzocken können. Ein Investitionspaket für den Schiffbau wäre zur Abwechslung mal etwas Vernünftiges. So könnte der Bund seine veraltete zivile Schiffsflotte erneuern lassen und gleichzeitig Arbeitsplätze sichern.“